

Marit Rullmann

Bildungsstandards für die Berufsorientierung?!

In der aktuellen Bildungsdiskussion findet derzeit ein Paradigmawechsel statt: Auch als politische Reaktion auf die PISA-Ergebnisse werden nun Bildungsstandards gefordert, die Regelanforderungen festlegen. Bis vor wenigen Jahren kam dieses Wort in der deutschen Diskussion gar nicht vor, nun ist es fast zur „Zauberformel“ geworden, „der die Lösung aller Probleme zugetraut wird.“¹ Bildungsstandards beziehen sich auf Lernergebnisse und beschreiben fachbezogene Kompetenzen, die stufenweise erworben werden. Bildungspläne sollen demnach nicht mehr ausweisen, was zu unterrichten sei, sondern, welche Kompetenzen Kinder und Jugendliche erwerben müssen.

Das Land Baden-Württemberg hat mit den neuen Bildungsplänen² bereits diese Änderung vollzogen. Im Zweijahresrhythmus werden hier die zu erreichenden fachlichen, personalen, sozialen und methodischen Kompetenzen beschrieben. Dies bedeutet, dass es in den Schulen von der Input-Steuerung zu einer Output-Steuerung kommen soll. Durch diese neue Akzentuierung erhalten die Schulen aber auch größere Freiräume durch die damit verbundene Reduzierung von Lerninhalten.

„Standards sind Normierungen, die überall vorkommen müssen und die nicht unterschritten werden dürfen, wenn eine bestimmte Qualität erreicht werden soll“³, lautet die Definition des Bildungsforschers Jürgen Oelkers, Professor für Allgemeine Pädagogik an der Universität Zürich. Man kennt das Verfahren aus Restaurant- und Hotelvergleichen. Ein Fünf-Sterne-Hotel muss mehr bieten und leisten als ein Drei-Sterne-Hotel.

Qualitätsprüfung und -sicherung war so lange kein Thema an Schulen, wie es genügend Mittel gab. Es sind jedoch keineswegs nur bildungsökonomische Grün-

1 Oelkers, Jürgen. Nationale Bildungsstandards: Rhetorik, Praxis und Berufsbezug. Vortrag auf der Fachtagung „Berufsorientierung als Bildungsstandard? Im Rahmen des Programms Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben. Kongresshotel Templiner See, 29. September 2004, S. 5.

2 Bildungsstandards für den Fächerverbund Wirtschaft – Arbeit – Gesundheit. Hauptschule/Werkrealschule. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Baden-Württemberg, 2004.

3 Oelkers 2004, S. 7

de, wenn in Zeiten knapper werdender Kassen die Erreichung des Bildungsziels – die individuelle Förderung gleicher Bildungschancen für alle – überprüft wird. Vielmehr entspricht es auch dem Demokratiegebot, wenn Eltern und die steuerzahlenden Bürger und Bürgerinnen wissen, was in „ihrer“ Schule geleistet wird. Dazu noch einmal Jürgen Oelkers: „Gezieltes Fördern kann man lernen, es stellen sich primär keine Systemfragen und jede Praxis kann verbessert werden. Was verlangt wird, sind klare Ziele, wohin gefördert werden soll, und Instrumente, mit denen man fördern kann.“

Und Eltern haben noch ein weiteres Interesse an nationalen Bildungsstandards. Denn in einer mobilen Gesellschaft muss es eine verlässliche Grundlage für gleiche Bildungschancen in allen Bundesländern geben. Bisher litten bei Umzügen Eltern und Kinder gleichermaßen unter den sehr unterschiedlichen Bildungsanforderungen der Länder, aber auch einzelner Schulen.

Dies gilt insbesondere für die Vertiefung und Weiterentwicklung schulischer Berufsorientierung und die Verbesserung von Kontakten zwischen Schule und Betrieb am Schulort. Auch eine intensive Zusammenarbeit zwischen abgebenden und aufnehmenden Schulen ist möglichst schon im Lehramtsstudium vorzubereiten. Spätestens im Referendariat sollten alle Sekundarstufe-I-LehrerInnen einen Tag/eine Woche im Berufskolleg geschnuppert haben. Insgesamt gilt es, die Kommunikation der Schulen vor Ort zu verbessern. Wissenstransfer ist eine Voraussetzung dafür, dass sich gute Praxis auch verbreiten kann.

In diesem Zusammenhang wird es umso wichtiger sein, wie die Standards festgelegt werden. Auch die Eignungsvoraussetzung der LehrerInnen und die Notwendigkeit von Strukturverbesserungen müssen hier diskutiert werden.

Bei der Arbeitstagung: „Lebens- und Berufsorientierung für alle“ – Entwicklung schulformbezogener Bildungsstandards im September 2005 wurde dieser Themenkomplex mit LehrerInnen aus der Region Emscher-Lippe diskutiert.

Die Ausgangsfrage lautete, wie kann Ausbildungsreife und Berufsorientierung in der Schule optimiert werden und wie können Jugendliche so qualifiziert werden, dass sie ihre Berufswünsche identifizieren und zielgerichtet und weitgehend selbständig die Umsetzung anstreben. Unter Verwendung erworbener Kompetenzen sollen sie geeignete Instrumente – BIZ, Lebenslauf, Bewerbungstraining, Praktika, Probearbeiten – anwenden können.

Die folgende Definition von Bildungsstandards und Qualitätskontrolle wurde zur Diskussion gestellt: „Standards sind Normierungen, die überall vorkommen müssen und die nicht unterschritten werden dürfen, wenn eine bestimmte Qualität erreicht werden soll.“⁴

4 Oelkers 2004

Diskutiert wurde dann Standard als Verallgemeinerung von guten Erfahrungswerten. Denn Standards in Schule und Unterricht müssen keineswegs neu erfunden werden. Es gibt sie bereits. Angefangen bei Lehr- und Arbeitsmitteln, Stundentafel und Gehaltsklassen der Besoldung, zeitlichen Regelungen u. a. m. Der Selbstanspruch von Qualität wird auch von außen durch Eltern und Betriebe nachgefragt. Schule will und muss sich öffnen und ihre Qualität darstellen. Dabei müssen die Bildungsstandards auch passen, bzw. passend gemacht werden, denn Schulen sind „Lernende Systeme“, die sich zum einen ständig weiterentwickeln, aber auch ein großes Beharrungsvermögen haben (müssen).

Standards im Blick auf Curricula bedeuten: (nach Diane Ravitch)⁵:

- Festlegung der Gehalte (content standards)
- Leistungsniveaus (performance standards)
- Ressourcen, von denen die Möglichkeiten des Lernens bestimmt werden (opportunity-to-learn-standards) – auch Rahmenbedingungen

Bezogen auf den Nutzen von Allgemeinbildung für die Berufsbildung ist für die Absolventen der deutschen allgemein bildenden Schulen unklar, worin dieser konkret besteht. Beim Abitur ist es die Zugangsvoraussetzung zum Studium. Aber was bedeutet Allgemeinbildung bezogen auf die duale Ausbildung? Haben die Jugendlichen, mit dem Zeugnis einer allgemein bildenden Schule in der Tasche, auch die nötigen Vorkenntnisse, Kompetenzen und die Ausbildungsreife, um eine Ausbildung beginnen zu können?

Im Rahmen der Berufsorientierung bedeuten Standards etwa die Bestimmung des Leistungsstandards jedes/r einzelnen Schülers/in, wie und in welchen Bereichen er/sie bis zum Ende des 9. Schuljahr gefördert werden muss, um das Niveau zu erreichen, eine Lehrstelle zu finden.⁶

Fest steht auch, dass zunehmend Unternehmen mit Hilfe von Eignungstests und Assessmentcentern die jugendlichen BewerberInnen auf ihre Ausbildungsreife und Berufseignung selber testen. Darin liegt letztlich eine schleichende Entwertung insbesondere von Zeugnissen der Haupt- und Realschulen.

Eine bessere Verzahnung zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung ist auch deshalb unerlässlich, weil sich das Verhältnis von Lernen und Arbeit grundlegend geändert hat. Falls man überhaupt noch von „Berufen“ reden kann, so ist Lernen nicht mehr die Vorbereitung auf *einen* Beruf, sondern „Grundlage der Berufstätigkeit selbst. Die didaktische Differenz von Lernen und Arbeit ... löst sich auf, weil *Berufsarbeit* wesentlich zur *Lernarbeit* geworden ist.“⁷

5 Ravitch, Diane. National Standards in American Education. A Citizen's Guide, Washington 1995.

6 Vgl. Oelkers, Schweizer Projekt „Stellwerk“, S. 11 f.

7 Oelkers 2004, S. 12

Die TeilnehmerInnen der Tagung waren sich einig: Standards sind notwendig – Handlungsempfehlungen reichen nicht aus. Standards sollten klar definiert werden und sich auf die Schule als Ganzes beziehen, nicht auf den einzelnen Lehrer/Schüler.

- Standards sollten nicht so eng/starr wie ein Curriculum sein.
- Schule muss die Möglichkeit haben, selber innerhalb des Schuljahrs zu entscheiden, wann und wie die Standards erreicht werden.
- Es sollte festgelegt werden, wer für die Berufsorientierung zuständig ist.

Rahmenbedingungen für Berufsorientierung (BO):

- BO sollte so früh wie möglich erfolgen. Altersgerecht schon ab Klasse 5 sinnvoll, (Vgl. hierzu auch Mattejat in diesem Band, S. 233ff.)
- BO sollte interdisziplinär, also fächerübergreifend erfolgen und nicht in einem speziellen Fach wie etwa Arbeitslehre.
- Lehrerteams sollten sich um die BO kümmern. Es könnte einen Koordinator geben, aber es sollte nicht eine Person allein zuständig für BO sein (die anderen LehrerInnen fühlten sich sonst entlastet und kümmerten sich nicht mehr darum).
- Fachleute sollten in BO einbezogen werden (Praktiker berichten über Berufe etc.)
- Hilfestellung für LehrerInnen von der Schulverwaltung wird gewünscht.
- Lehrerfortbildung in Bezug auf BO sinnvoll.

Welche Kompetenzen sollten SchülerInnen erlangen?

Es entbrannte eine Diskussion darüber, ob Verhaltens-/Sozialkompetenzen wichtiger seien als Fachkompetenzen. Einig war man sich, dass „Grundkompetenzen“ wie Lesen, Schreiben, Rechnen vorausgesetzt werden müssen. Auf Sozialkompetenzen wie Lernbereitschaft, Zuverlässigkeit, den Willen, Verantwortung zu übernehmen, Teamfähigkeit und Durchhaltevermögen würden Unternehmer verstärkt achten. Man verständigte sich darauf, dass Fach- und Sozialkompetenz gleichermaßen wichtig seien.

Außerdem müsse die Erziehungspartnerschaft von Schule und Elternhaus gestärkt werden. Eltern müssen stärker mit einbezogen werden, z. B. durch gezielte Ansprache in eigenen Elternversammlungen (Vgl. Beinke in diesem Band, S. 249ff.), durch einen Elternpass (vgl. Görtz-Brose/Hüser, S. 277ff.) oder durch Elternverträge, wie sie das Berufskolleg Ostvest in Recklinghausen abschließt.

Weitere Literatur

Bildungsplan 2004 (www.bildung-staerkt-den-Menschen.de/schule_2004/bildungsplan)
Berufsorientierung in der Realschule (BORS). Bildungsplan Realschule.
Dedering, Heinz: Entwicklung der schulischen Berufsorientierung in der Bundesrepublik Deutschland. (sowi-online.de/reader/berufsorientierung/dedering.htm)